Arbeiterberichte vom Wahlkampf

Wie die SPD. gegen Freidenker kämpft!

Die Freidenker in Freital haben Zettel gegen die Wahl Marx ausgegeben. Am Sonnabend früh konnte man sehen, daß die meisten überklebt waren. Durch Nachforschungen nach den Tätern erfuhr man, daß es sich einesteils um SPD.-Führer, anderenteils um Freidenker, welche in der SPD. sind, handelt. So waren es der Stadtverordnete und Wachtmeister Schütze, der SPD.-Fraktionär Otto Zschichang. Der Freidenker und SPD.-Mitglied Alfred Köhler aus Hainsch erklärte, man müsse alle Zettel überkleben und mit den paar Kommunisten würde man schon fertig werden, also mit anderen Worten, wenn sie sich dagegen wehrten, würden sie niedergemacht. Den Genossen Seidler wollten sie „verdreschen"!

Am Sonnabend schon machte das Reichsbanner seine Reklame, indem es mit fünf Autos z. T. mit Musik durch die Stadt fuhr. Am Sonntag früh fuhren auch schon die Helden von Hindenburg mit drei Autos vollbesetzt mit schwarz-weiß-roten Fahnen, z. T. mit Totenkopf gestickt, unter nationalistischem Gegröhle, trotzdem das Reichsbanner schon vor Wochen erklärt hatte, es wolle das Herumfahren der Hitlergardisten mit allen Mitteln verhindern. Sagte doch Herr Rahmisch, es solle einmal richtige Keile geben, daß den Rechten der Spaß vergehen würde. Am Sonnabend nahm hätte er Gelegenheit gehabt, mit diesen Helden abzurechnen. Doch er zog den kürzeren und floh eiligst davon, den Kommunisten, die dazu kamen, das Feld überlassend. Doch diese setzten sich mutig zur Wehr und gaben den Wehrwölfen einen Denkzettel. Die Sache kam so.

Wehrwohl hatte einen Werbeabend im Döhlener Hof von etwa 3—500 Mann. Am Mitternacht zogen die Dresdner Wehrwölfe in Stärke von 200 Mann nach dort zurück. Feldmäßig wurde marschiert und ein paar hundert Meter glitzen gingen zwei ihrer Offiziere und schrien, sie würden den Freidenkern schon zeigen, was los ist. Auf der anderen Seite stand Rahmisch und noch ein Reichsbannermann und verhal sich die. Darauf kamen die beiden dann herüber und gaben den vorm Marschierenden den Befehl, umzukehren. Zirka zwei Gruppen kamen zurück und der Held Rahmisch und sein Begleiter nahmen Reißaus. Einige Mitglieder des RFB., die vorüberkamen, gingen aber zum Gegenangriff über und es kam zum Handgemenge. Auch Mädchen wurden von den „Wölfen" nicht geschont und wurden übel zugerichtet. Dieser Kampf zog sich bis zum Marktplatz fort. Dort stürmten die gesamten Wölfe mit Hurra auf die Arbeiter, so daß die Arbeiter zurückweichen mußten.

Kampf gegen die Reaktion wird eben nicht von den „Reichsbanner-Republikanern" geführt, sondern von der Roten Front und den Kommunisten. Das haben die Freitaler Arbeiter erkannt und sie quittierten diese Anerkennung auch am Sonntag.

Wie das Reichsbanner gegen die Reaktion kämpft

Reichsbanner-Leute und SPD.-Funktionäre als Plakatschnüffler.

Freital. Schon mehrfach waren die von unseren Genossen angeklebten Plakate entweder abgerissen oder überklebt worden, ohne daß es gelungen war, der Plakaträuber habhaft zu werden.

Mit welchen erbärmlichen Mitteln die SPD. und die Schutztruppe der Kapitalistenklasse, das schwarz-rot-gelbe Reichsbanner, in Freital arbeitet, soll in diesen Zeilen dargelegt werden.

Die von uns angeklebten Versammlungsplakate zur Thälmann-Versammlung glaubte der im Konsumverein Vorwärts beschäftigte Kraftwagenführer und SPD.-Funktionär Israel-Freital mit zwei großen Plakaten des Zentrumspfaffen überkleben zu müssen, obwohl in der Nähe noch genügend Platz war. Von unseren Genossen hierauf zur Rede gestellt, ob er das frisch angeklebte Plakat nicht gesehen habe, verneinte er dies.

Schließlich redete er sich damit heraus, Kinder von einem Parteigenossen hätten einmal die Zettel der SPD. abgerissen. Die beiden Pfaffenplakate flogen, die Ankündigung zur Thälmann-Versammlung blieb.

Die letzten Plakate, die geklebt wurden, sind fast alle der Zerstörungswut der Reichsbanner-Jugend zum Opfer gefallen, besonders die Aufforderung der Freidenker, nicht für den Zentrumspfaffen Marx zu stimmen, hat es diesen Jünglingen angetan. Einer ist dabei von unseren Genossen so gestellt worden, daß er sicher in Zukunft unsere Plakate hängen läßt. In Zukunft werden wir unsere Plakate zu schützen wissen und werden die uns bekannten Plakatträuber mit dem bedenken, was ihnen in solchen Fällen gebührt. Sie werden dann das Abreißen von Plakaten für immer sein lassen.

Vor aufmarschierenden Faschisten flüchten die Reißausbannerhelden, an kommunistischen Plakaten zeigen sie ihren Mut. Begreifen die proletarischen Mitglieder des Reichsbanners noch immer nicht, daß sie sich selbst ins Gesicht spucken, wenn sie diese Organisation unterstützen?!

Zschachwitz. Durch Einladung der Kommunistischen Partei waren zirka 300 Zuhörer erschienen, um den Ausführungen des Genossen Renner über das Thema: **„Hindenburg und Marx — die Vertrauensmänner des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie im neuen Deutschland"** entgegenzunehmen. Der Referent wies an der Hand von zahlreichen Beispielen nach, daß es ganz gleich sei, ob Marx oder Hindenburg gewählt werden, beide sind Vertreter der Monarchie und Schwerindustrie und beide werden im Falle ihrer Wahl gegen die Arbeiterschaft im Dienste des Kapitals und der Monarchie arbeiten.

Insbesondere legte Genosse Renner den Anhängern der Sozialdemokratie die Frage vor: Wollt ihr euch noch länger von euren korrumpierten Führern an der Nase herumführen lassen? Merkt ihr auch heute noch nicht, daß eure Führer Diener des Kapitals und Handlanger der Bourgeoisie sind? Wollt ihr dem Rat eurer Partei folgen und einen Gegner, den katholischen Pfaffen Marx wählen? Habt ihr schon vergessen die Taten des Wilhelm Marx: Ermächtigungsgesetz, Beseitigung der achtstündigen Arbeitszeit, Reichswehreinmarsch nach Sachsen und Thüringen, Geschenk an die Ruhrindustriellen von 715 Millionen Mark usw.? Die Sozialdemokratie bekennt sich heute noch zu einem Marx, aber nicht zu Karl Marx — nein, zu dem Pfaffen Wilhelm Marx. Wollt ihr als Freidenker euch zu einem Pfaffen Marx bekennen und ihm eure Stimme geben? Habt ihr vergessen, daß eure Revolutionäre in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten in der freien Republik Deutschland? Soll es so bleiben und durch die Wahl eines Massenschlächters Hindenburg oder Marx die Arbeiterschaft in die völlige Knechtschaft hineinsinken? Wer das nicht will, muß seine Stimme dem einzigen Arbeiterkandidaten Genossen Ernst Thälmann geben!

Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme, da sich kein Diskussionsredner meldete:

„Die im Neustädter Gasthof versammelte Arbeiterschaft ist empört über die Schandjustiz des sog. Staatsgerichtshofes in Leipzig. Aufs neue, offener und brutaler denn je, zeigt das republikanische Klassengericht seinen wahren Charakter, als Scharfmacher und Massenschlächter proletarischer Kämpfer.

Die Versammlung stellt sich voll und ganz auf die Seite der Verurteilten Klassenbrüder. Sie sieht in ihnen aufrechte, mutige und hingebungsvolle Klassengenossen. Die Anwesenden verpflichten sich, sich einzusetzen mit aller Kraft für eine amnestie aller eingekerkerten Proletarier. Wir ruhen nicht in der ganz selbstverständlichen Pflicht, auch unsere Arbeiter und bedrückte Arbeiterin aufzurütteln zu helfen. Proteststurm, der stark genug ist, aufzusprengen die eisernen Pforten aller Gefängnisse und Zuchthäuser, in denen revolutionäre Streiter den Tag ihrer Befreiung und die Stunde der Befreiung der deutschen Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch sehnlichst erwarten."

Aufforderung, die „Arbeiterstimme" zu abonnieren und der KPD. zu werden, fand lebhaften Beifall.

Gesang der Internationale beschloß die glänzende Versammlung. Die Quittung für unsere Arbeit haben wir erhalten. Unser Stimmenzuwachs beträgt 100 Prozent.

Der „Volksblock" in Taubenheim

Am Freitag, den 24. April, fand in Taubenheim an der Spree eine vom „Volksblock" einberufene öffentliche Wahlversammlung, womit aus der gesamten Umgegend die Freunde und Gönner des „Volks"blocks insbesondere eingeladen wurden, statt. Als Redner wurde Herr Menke Bernhard, Polizeipräsident a. D., Dresden, angekündigt. Der Besuch der Versammlung war nicht gut. Außerdem bildeten die KPD. und ihre Sympathisierenden das Gros der Versammlungsbesucher. Eine Enttäuschung für die SPD., hatten sie doch haushohe Reklame gemacht, sofort wurde das den dreimal gekreuzigten Kommunisten in die Schuhe geschoben. Dies zeigte sich deutlich gleich zu Beginn der Versammlung. Der Referent, nicht Menke, ein anderer von Barmats Familie war erschienen, begann sein Referat im Feldwebels-Kasernentone. Ein indifferenter Arbeiter, der eine berechtigte Anfrage ihm zurief, wurde im Schnauztone vom Referenten als ein verdächtiger Kommunist angebrüllt. Diese freche Bemerkung führte natürlich zu einem Tumult. Wie ein wilder Stier brüllte er, als er flacke Opposition roch, daß die Kommunisten die Versammlung sprengen wollten, und forderte dieselbe auf, sofort von dem Hausrecht Gebrauch zu machen. Auf diese bewußt herbeigeführte Provokation erwiderte die Versammlung protestierend, und empörte **Arbeiterfäuste bekam der Referent zu spüren.** Fluchtartig mit seinen Getreuen verschwand er hinterm Büfett, um von da in einem vor rebellierenden Arbeitern geschützten Zimmerchen mit seinem Barmatanhang weitere Pläne gegen die empörten Arbeiter zu schmieden. Lebhafte Diskussionen fanden gruppenweise vor dem Versammlungslokal unter den Versammlungsbesuchern statt. Ein Genosse von uns sprach in kurzen Worten zu den Anwesenden, auf diesen Vorgang hinweisend, am Sonntag Ernst Thälmann die Stimme zu geben.

Am Sonnabend vormittag erschien nun ein Schutzmann beim Genossen Walter und verhörte ihn über den Vorgang bei dieser Versammlung. Er erklärte, die SPD. am Orte habe Anzeige erstattet. Für Marx also verklagt die SPD. Proleten. Nun, die Quittung für ihren gemeinen Arbeiterverrat hat sie erhalten.

Brand-Erbisdorf. Auf zum Weltkampftag! Hand- und Kopfarbeiter des Gewerkschaftskartells zur Demonstration für die Einheit der Gewerkschaften! Stellen vorm. 9 Uhr auf dem Markt. **Massen heraus!**

Sachsen

Landtag

Einweisung des Gen. Glombitza. — Deutschnational-sozialdemokratische „Demokratie".

Vor Eröffnung der Sitzung verliest Gen. Lieberasch das Schreiben des Gen. Bertz, in dem derselbe die Niederlegung seines Mandats wegen Ausübung seines Reichstagsmandats erklärt. An seine Stelle tritt Gen. Glombitza-Kandler.

Winkler schlägt vor, auf die Tagesordnung die Vorlage Nr. 180 zu setzen. Der Vorschlag wird angenommen.

Eine Anfrage der Volkspartei, betr. die Unterbringung abgebauter Beamter in Privatbetrieben, die Staatsaufträge erhalten, wird durch Regierungsbeantwortung erledigt.

Bei der Beratung über den Besoldungsplan der Beamten der Landes-Brandversicherungsanstalt nimmt **Gen. Siewert** gegen die niedrige Einstufung der Beamten Stellung. Er erklärt, daß die Beamten der Gruppe 2 und 3 unbedingt höher **eingestuft werden müssen, um ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren.**

Die Vorlage wird den Ausschüssen überwiesen.

Eine Beutler-Anfrage über Hypothekenlöschung wird durch Regierungsantwort erledigt.

Die Vorlage über den Entwurf einer elften Aenderung des Beamtenbesoldungsgesetzes wird dem Ausschuß überwiesen.

Bei der Festsetzung der nächsten Tagesordnung beantragt **Gen. Lieberasch,** außer der Behandlung der Böhlener Katastrophe noch die Anfrage der kommunistischen Fraktion betr. Verhinderung der **Ansprachen ausländischer Genossen** in einer Thälmann-Kundgebung in Penig auf die Tagesordnung zu setzen. Nicht nur um die Verletzung der Versammlungsfreiheit handle es sich hier, sondern auch um Gefährdung von Menschenleben, die Bluttat von Halle sei ein warnendes Beispiel. Dieser Antrag wird von der deutschnational-sozialdemokratischen Einheitsfront abgelehnt, wobei sich die Sozialdemokraten noch durch höhnende Zurufe hervortun.

Die Sitzung wird geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 5. Mai 1925.

Wofür sich der sächsische monarchistische Volks-„bildungs"-Minister interessiert

Ausbildung der faschistischen Studenten.

Der Nachrichtendienst teilt mit:

Zur Förderung der Leibesübungen der Studierenden der Universität Leipzig und der Technischen Hochschule Dresden hat das Ministerium für Volksbildung angeordnet, daß vom Beginn des Sommersemesters 1925 ab die von dem Hochschulturn- und Sportlehrer abgehaltenen praktischen Uebungen in derselben Weise wie die übrigen Uebungen an Hochschulen zu belegen und im Kollegbuch einzutragen sind.

Also gehört Faschistenausbildung ebenfalls zu den neuen Lehrämtern der Universitäten der deutschen Republik. „O alte Burschenherrlichkeit! Bald kehrst du wieder, goldne Zeit!" So scheint der Dr. Kaiser zu jubilieren. Hoffentlich machen ihm im Laufe der nächsten Monate die Arbeiter einen Strich durch die Rechnung.

Haussuchung im Chemnitzer Bureau der IAH.

Gestern früh erschienen im Bureau der IAH. in Chemnitz zwei Kriminalbeamte und verlangten die Schlüssel zur Buchhandlung. Da dieselben nicht vorhanden waren, ließ man die Türen durch einen Schlosser öffnen. Gesucht wurden verbotene Broschüren, das Ergebnis war gleich Null.

Stützen der Monarcho-Republik

Leipzig. T.-U. meldet: Der Leipziger Kriminalbeamte A., dessen Tätigkeit in der Bekämpfung der geheimen Spielklubs lag, wurde verhaftet, da er mit zwei Vorständen von Leipziger Spielklubs gemeinsame Sache machte und dafür eine entsprechende „Entschädigung" erhielt. Ein weiterer Kriminalbeamter ist noch in diese Angelegenheit verwickelt. — Vor Wochen kam in Leipzig ein ähnlicher Fall vor. Aber die Leipziger Kriminalbeamten sind sonst total zuverlässig — wie der Kronzeuge im Tschekaprozeß. Dieselben Leipziger Kriminalpolizisten werden in nächster Zeit wiederum vorm Staatsgerichtshof, diesmal unter der Hoheit des Massenschlächters Hindenburg, gegen die KPD. amtieren. — Monarcho-republikanische Kapitalsstützen!

Leipzig. Von einem Auto überfahren. Auf der Landstraße Grimma—Leipzig, vor der Eisenbahnbrücke bei Liebertwolkwitz, stießen am Donnerstag abend zwei Radfahrer, die einem Pferdegeschirr ausweichen wollten, zusammen und stürzten. Im gleichen Moment kam ein Personenauto und überfuhr einen der auf der Straße liegenden jungen Männer, der bewußtlos nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte und noch nicht vernehmungsfähig ist.

Die Kurzschrift in den sächsischen Schulen

Das Ministerium für Volksbildung hat am 9. April verordnet:

Von Ostern ab ist an allen Schulen des Volks- und des Wirtschaftsministeriums, an denen Stenographieunterricht erteilt wird, die Einheitskurzschrift zu lehren. Wo aber der Wunsch besteht, laufende Lehrgänge in der Gabelsbergerschen Stenographie zu Ende zu führen, steht dem bis Ostern 1926 nichts entgegen. Von Ostern 1925 ab darf in einem anderen System als in der Einheitskurzschrift nicht mehr unterrichtet werden.

Die beiden Ministerien wollen geschehen lassen, daß auch solche Lehrkräfte, die die staatliche Stenographielehrerprüfung nicht abgelegt haben und zur Teilnahme an einem Einführungskursus in die Einheitskurzschrift keine Möglichkeit hatten, die aber bisher an ihren Schulen Kurzschriftunterricht erteilt haben, diesen Unterricht auch weiterhin geben. Es wird dabei vorausgesetzt, daß sich diese Lehrkräfte auf dem Wege des Selbststudiums mit der Einheitskurzschrift vertraut gemacht haben. Es bleibt vorbehalten, sie zur Teilnahme an einem Fortbildungskursus zu verpflichten.

Von der Ablegung einer Nachprüfung der Lehrkräfte, die bereits die staatliche Stenographielehrerprüfung bestanden haben, soll bis auf weiteres abgesehen werden.

Wegen der Ablegung der staatlichen Stenographielehrerprüfung der übrigen Lehrkräfte der Kurzschrift bleibt spätere Entschließung vorbehalten.

Aus den Gewerkschaften

Merkwürdige Methoden beim Dresdner Anzeiger

Vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, wird uns unter obiger Ueberschrift folgendes geschrieben:

Für die Angestellten im Zeitungsgewerbe wurden durch Schiedsspruch die Gehälter erhöht. Dieser Schiedsspruch ist von Arbeitgeberseite abgelehnt worden, weil er angeblich völlig untragbar und nicht in Einklang zu bringen sei mit den wirtschaftlichen Verhältnissen im Zeitungsgewerbe. Ausgerechnet diese Behauptung stellten die Arbeitgeber im Zeitungsgewerbe auf, trotzdem es doch hinlänglich bekannt ist, daß z. B. der „Dresdner Anzeiger" — bei anderen Zeitungen wird es in einem viel größeren Maße noch hervortreten — Millionenüberschüsse erzielt hat.

Der Schlichter des Freistaates Sachsen hat den Schiedsspruch bereits vor längerer Zeit für verbindlich erklärt. Die Betriebsvertretungen, z. B. beim „Dresdner Anzeiger", haben nun, nachdem die Verbindlichkeitserklärung bekannt war, mit der Geschäftsleitung sich in Verbindung gesetzt, um die Nachzahlungsbeträge ausgezahlt zu bekommen. Der Direktor des „Dresdner Anzeigers", Herr Seidel, hat jede Nachzahlung abgelehnt, weil ihm die Verbindlichkeitserklärung selbst noch nicht offiziell bekanntgewesen sei.

Hierauf hat sich die zuständige Organisation, der Zentralverband der Angestellten, mit dem Anzeiger in Verbindung gesetzt, um zu erreichen, daß die Nachzahlungsbeträge an die Angestellten ausgezahlt werden. Herr Seidel, der bei den sonstigen Verhandlungen kaum den Mund aufzutun sich wagt, glaubt, dem Z. d. A. gegenüber recht hohe Töne anschlagen zu müssen. Er lehnte es ab, da es ihm angeblich gar nicht bekannt sei, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wäre — obwohl seine eigene Zeitung die Notiz hierüber gebracht hat —, mit dem Z. d. A. hierüber zu verhandeln und fügte dem noch hinzu, daß der Z. d. A. sich um seine eigenen Sachen kümmern solle.

Herr Seidel scheint durch die einseitige Wahlagitation bei der Reichspräsidentenwahl beeinflußt worden zu sein, denn nur daraus konnte man sich die energische Haltung erklären, welche mit einem Male Herr Seidel glaubt einnehmen zu können.

Wenn Herr Seidel für Belehrungen, die doch scheinbar für ihn am Platze sind, nicht zugänglich ist, kann die Organisation auch andere Wege gegen den Dresdner Anzeiger einschlagen.

Was sagt zu diesem Verhalten der überparteiliche Herr Oberbürgermeister Blüher?

Schwarze Listen der sächsischen Holzindustriellen

Wenn bisher die Unternehmer versucht haben, das Bestehen schwarzer Listen abzuleugnen, so sind wir heute wieder in der Lage, den klaren Beweis erbringen zu können, wie die Industriellen (diesmal sind es die Unternehmer der Holzindustrie mit ihrem bekannten Syndikus Dr. Hahn) ihre Scharfmacherpläne durchzusetzen versuchen. Der bekannte und berüchtigte Wind weht uns folgendes Dokument auf den Tisch:

Arbeitgeberverband des sächs. Holzgewerbes, E. V.

Dresden, den 25. April 1925.

Johannesstraße 1, II. Fernruf 13 234.

An die Herren Maler- und Lackierermeister in Dresden!

Bei unserer Mitgliedsfirma Deutsche Werkstätten Aktiengesellschaft Hellerau, Bez. Dresden, streiken seit heute die dort beschäftigten Maler und Lackierer, da sie höhere Löhne verlangen. Die Arbeiter wurden bisher nach einer Vereinbarung mit der Arbeiterschaft selbst nach den Sätzen des verbindlichen Landestarifvertrages für das sächsische Holzgewerbe entlohnt und verlangen jetzt unter Berufung auf die von den selbständigen Malern und Lackierern abgeschlossenen höheren Lohnsätze auch eine höhere Bezahlung.

Es liegt also ein glatter Tarifbruch der beschäftigten Arbeiter vor, auch die Gewerkschaft der Maler ist naturgemäß an diesem Vorgehen nicht unbeteiligt.

Mit Rücksicht auf die in solchen Fällen, insbesondere roher Tarifbruch, unbedingt notwendige Solidarität aller Arbeitgeber richten wir an Sie die ergebene Bitte, aus Hellerau kommende Arbeitnehmer keinesfalls einzustellen. Wir fügen umseitig ein Verzeichnis der streikenden Arbeiter bei.

Indem wir bestimmt auf Ihre Solidarität rechnen, zeichnen wir

hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband des sächs. Holzgewerbes. E. V.

Die Geschäftsführung:

Hahn, Syndikus.

Auf der Rückseite dieses Rundschreibens folgt ein Verzeichnis der Namen und genaue Adressen von 17 Malern, 7 Lackierern und 2 Arbeitern, von deren Veröffentlichung wir Abstand nehmen.

Die Freizügigkeit der deutschen Arbeiter ist gewährleistet! Wir fragen: Was sagt der sächsische sozialdemokratische Arbeits- und Wohlfahrtsminister Eisner zu diesen schwarzen Listen? Was gedenkt er zu tun, die dem Arbeiter in dieser „freiesten der Republiken" verbrieften Rechte zu sichern?

Dieses Dokument kennzeichnet den sozialen Inhalt der Deutschen Republik und ist am besten geeignet, den Arbeitern zu zeigen, wie unter der Regierung von Sozialdemokraten die Interessen der Unternehmer gewahrt sind.

Cunewalde und Umgebung.

Freitag, den 1. Mai, früh 7 Uhr gemeinsam

Demonstration mit dem Ortskartell.

Nachmittags große öffentliche Demonstrationsversammlung.

— Anfangspunkt 3 Uhr —

in Kutschkes Gasthof. Referent: Klett, Pirna.

Arbeiter, erscheint in Massen! **KPD.**

Ortsgruppe Cunewalde.